

Praktiken der Tabakindustrie zur Einflussnahme auf die Schweizer Gesundheitspolitik

Eine Übersicht



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Eidgenössische Kommission für Tabakprävention

Dank

Die EKTP bedankt sich bei Unisanté / Gesundheitsförderung Waadt für die geleisteten Forschungsarbeiten und die Dokumentation (Broschüre und Film) «Die ‚Good Practices‘ der Einflussnahme der Tabakindustrie in der Schweiz». Die EKTP übernimmt in ihrer Stellungnahme bestimmte Elemente aus der Arbeit dieser Organisationen wie auch aus den Erwägungen von Pascal Diethelm, Präsident von OxySuisse.

Impressum

Herausgeber

Eidgenössische Kommission für Tabakprävention EKTP

Kontakt

Bundesamt für Gesundheit BAG
Sekretariat EKTP
Postfach
CH-3003 Bern
praeventionsstrategien@bag.admin.ch
www.bag.admin.ch

Publikationszeitpunkt

November 2019

Sprachversionen

Diese Publikation ist in deutscher und französischer Sprache verfügbar.

Digitale Version

Diese Publikation steht als PDF unter www.bag.admin.ch zur Verfügung.

1.	Einleitende Bemerkungen	4
2.	Die Empfehlungen der EKTP	5
3.	Tabakindustrie vs. öffentliches Interesse	6
4.	Departementsübergreifende Strategie erforderlich	7
5.	Die Taktiken der Tabakindustrie und ihrer Verbündeten	8
5.1	Leugnen der Schädlichkeit von Zigaretten	8
5.2	Bagatellisieren oder Relativieren der Schädlichkeit von Tabak und Nikotin	8
5.3	Säen von Zweifeln	9
5.4	Verhindern der Einführung von Präventionsmassnahmen	9
5.5	Gezieltes Abschwächen der wirkungsvollen Massnahmen	10
5.6	Einschüchterungsversuche	11
5.7	Sich als verantwortungsvolle Unternehmen positionieren	12
5.8	Sich als innovativer Wirtschaftszweig positionieren	13

1. Einleitende Bemerkungen

Die Konferenz der Vertragsparteien des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs¹ fand zum achten Mal Anfang Oktober 2018 in Genf statt und verabschiedete einen mittelfristigen strategischen Rahmen mit einem neuen Aktionsplan, der das globale Programm zur Eindämmung des Tabakkonsums in den kommenden Jahren intensivieren soll. Dieser strategische Rahmen soll die Umsetzung des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs vorantreiben. Das WHO-Rahmenübereinkommen wurde zwar im Jahr 2004 von der Schweiz unterzeichnet, dennoch bleibt die Ratifizierung bis heute aus. Die Schweiz ist somit eines der letzten Länder, die diese Ratifizierung noch nicht vollzogen haben. Das eidgenössische Parlament wies im Jahr 2016 den ersten Entwurf zum Tabakproduktegesetz an den Bundesrat zurück. Der zweite Entwurf zum Tabakproduktegesetz, der gegenwärtig vom Parlament beraten wird, erlaubt aufgrund der abgeschwächten Bestimmungen eine Ratifizierung des WHO-Rahmenübereinkommens nicht.²

Die Hintergründe für die zögerliche Haltung des eidgenössischen Parlaments liegen in der Tatsache, dass die drei bedeutendsten Tabakkonzerne ihren globalen oder regionalen Hauptsitz in der Schweiz haben.³ Diese profitieren von der liberalen Wirtschaftspolitik unseres Landes und von der Unterstützung zahlreicher eidgenössischer und kantonaler Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die das Suchtpotenzial von Zigaretten relativieren.⁴ Letztere tun dies, obwohl sogar die Zigarettenhersteller mittlerweile die Schädlichkeit von Zigaretten anerkennen und für sogenannte Alternativprodukte mit geringeren Schadstoffen werben.⁵

1 Siehe Webseite <https://www.who.int/fctc/en> (Mai 2019).

2 Siehe neue Botschaft des Bundesrats vom 30. November 2018. Daniel Dauwalder, Sprecher des Bundesamts für Gesundheit hält fest: «Die Schweiz ratifiziert internationale Konventionen gemäss der gängigen Praxis erst, wenn sie ihre nationale Gesetzgebung angepasst hat (Anpassung an die Konvention). Die Ratifizierung setzt somit voraus, dass die schweizerische Gesetzgebung bestimmte im Übereinkommen festgelegte Mindestanforderungen erfüllt, darunter das Verbot des Verkaufs an Minderjährige und Werbebeschränkungen. Dies ist jedoch nicht der Fall.» (Quelle: Swiss Info).

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass Vera Luiza da Costa e Silva, Leiterin des Konventions-Sekretariats, die Schweizer Position im Jahr 2018 als «eher eine Schande als ein Problem» bezeichnete. Sie spielte in ihrer Ansprache auf das Gewicht der Tabakindustrie in der Schweiz und auf den fehlenden politischen Willen zur Eindämmung des Übels des Tabakkonsums an.

3 Hauptsitz von Philip Morris International in Lausanne, Hauptsitz von British American Tobacco in Lausanne und Boncourt, Hauptsitz von Japan Tobacco International in Genf.

4 Siehe TV-Sendung «Temps Présent», Reportage vom September 2018: «Attention, ce parlement peut nuire à votre santé» (Achtung, dieses Parlament kann Ihrer Gesundheit schaden).

5 Siehe Webseite von Philip Morris International: «Pioneering the way to a smoke-free future: We're at the forefront of developing less harmful alternatives to cigarettes» sowie die aggressive PR-Kampagne zu ihrem Produkt IQOS im Juni 2019.

2. Die Empfehlungen der EKTP

Die nationale Strategie des Bundes zur Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten sowie die Nationale Strategie Sucht verfolgen vier übergeordnete Ziele.⁶ Das Wohl und die Gesundheit der Menschen stehen im Vordergrund. Um diese Ziele zu erreichen, spielt die Prävention eine wichtige Rolle. Die Tabakindustrie hingegen verfolgt ausschliesslich wirtschaftliche Interessen, losgelöst von den verursachten gesundheitlichen Kosten und Schäden ihrer Produkte. Die Aufgaben der öffentlichen Hand in den Bereichen der nichtübertragbaren Krankheiten und der Sucht müssen jedoch zwingend im Schutz der Bevölkerung und in der Förderung gezielter Präventionsmassnahmen liegen.

Im Wissen einerseits um die Schädlichkeit der Produkte sowie die durch das Nikotin verursachte Abhängigkeit der Konsumierenden und andererseits um den Einfluss der Tabakindustrie auf die politischen Entscheidungsprozesse in der Schweiz sind Massnahmen erforderlich. Es gilt, den Einfluss der Tabakindustrie offenzulegen und diesen effizient zurückzubinden. Dazu sind folgende Massnahmen zu treffen:

- In das Tabakproduktegesetz ist ein Artikel aufzunehmen, der dem Artikel 5.3 des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs entspricht und Praktiken zur Einflussnahme der Tabakindustrie untersagt.⁷
- Ein Teil der für die Tabakprävention bereitgestellten Mittel muss für Studien zu den Praktiken der Tabakindustrie in der Schweiz eingesetzt werden.
- Die Umsetzung einer departementsübergreifenden Strategie zur Tabak- und Nikotinprävention ist erforderlich, damit die existierenden Widersprüche zwischen den eidgenössischen Departementen eliminiert werden und ein wirksamer Bevölkerungsschutz gewährleistet ist.
- Das Eidgenössische Departement des Innern muss für die departementsübergreifende Koordination in der Tabak- und Nikotinpräventionspolitik gemäss der bundesrätlichen Strategie «Gesundheit2020» und den Legislaturzielen 2015-2019 (Senkung der Kosten des Gesundheitswesens) verantwortlich sein.
- Es ist ein Verhaltenskodex für Bundes- und Kantonsangestellte einzuführen, damit jeglicher Interessenskonflikt mit der Tabakindustrie vermieden werden kann.
- Es ist für Transparenz zu sorgen, indem ein öffentliches Lobbyistenregister erstellt wird. Die Selbstregulierung der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft ist ungenügend. Jede Interessenbindung bzw. -vertretung der Lobbyistinnen und Lobbyisten sowie der Mitarbeitenden aller Departemente muss offengelegt werden, damit Interessenskonflikte in Zukunft vermieden werden.

6 Siehe Webseiten <http://www.bag.admin.ch/ncd> und <http://www.bag.admin.ch/sucht> (Juni 2019).

7 Siehe Webseite <https://www.who.int/fctc/cop/about/en> (Juni 2019).

3. Tabakindustrie vs. öffentliches Interesse

Gemäss einer Studie von KPMG⁸ leistet der Tabaksektor einen wichtigen Beitrag zur Schweizer Volkswirtschaft. Er schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern generiert auch Steuereinnahmen und macht 1% des BIP aus.⁹ Rechtfertigen diese Fakten den Schutz eines Wirtschaftssektors, dessen Interessen das öffentliche Interesse sowie die vom Bundesrat formulierte Strategie «Gesundheit2020» untergraben? Die Frage muss gestellt werden, denn der Tabak- und Nikotinkonsum verursacht nicht nur Leid durch unzählige Krankheiten (z.B. Krebs, Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen), sondern auch hohe direkte und indirekte Kosten von über 5 Milliarden Franken pro Jahr. Die Kosten des Tabak- und Nikotinkonsums sind nicht nur Gesundheitskosten, sondern auch Wirtschaftskosten, denn die Unternehmen sind direkt vom Erwerbsausfall wegen Arbeitsunfähigkeit erkrankter Rauchender betroffen.

Ganz offensichtlich vertritt die Tabakindustrie in der Schweiz ihre Interessen und relativiert die schädlichen Auswirkungen ihrer Wirtschaftstätigkeit. Seit mehreren Jahrzehnten untergräbt sie die Gesundheitspräventionspolitik und nimmt konsequent Einfluss auf die Tabakgesetzgebung in der Schweiz.¹⁰ Damit profitiert sie auf Kosten der gesamten Gesellschaft, die sämtliche Sozial-, Wirtschafts- und Umweltkonsequenzen tragen muss.

Die Tabakindustrie beauftragt PR-Agenturen mit der sorgfältigen Ausarbeitung von Taktiken und Strategien und setzt letztere gezielt ein, um politisch Verantwortliche, Meinungsführende, Konsumentinnen und Konsumenten sowie die breite Öffentlichkeit in ihren Haltungen und Entscheidungen zu Regulierungsvorschlägen zu beeinflussen, die sich gegen die finanziellen Interessen der Tabakindustrie richten. Die Verbündeten der Tabakindustrie und die Frontgruppen, welche die Interessen der Tabakindustrie vertreten, verhindern durch die systematische Abschwächung der vorgeschlagenen Gesetzesartikel eine kohärente Gesundheitspolitik. Die Einflussnahme der Tabakindustrie zielt konsequent darauf ab, den unternommenen Bemühungen zur Eindämmung der Tabak- und Nikotinepidemie und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen entgegenzuwirken. Die neue strategische Ausrichtung der Tabakkonzerne zur Förderung von Alternativprodukten zur klassischen Zigarette unterstreicht den Willen, Einfluss auf die Regulierungen zu nehmen. Die Tabakindustrie untergräbt die Ziele der nationalen Strategien des Bundesrats zur Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten und Sucht sowie die gesundheitspolitischen Massnahmen der Kantone.

Die Interessen der Tabakindustrie sind mit denjenigen des Bundes, der Kantonsregierungen und der Akteure im Präventionsbereich nicht vereinbar. Bund und Kantone haben einen Verfassungsauftrag und sind gemäss Artikel 118 der Bundesverfassung verpflichtet, Massnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zu treffen. Ihr Ziel ist die Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung und somit die Senkung der Kosten des Tabakbeziehungsweise Nikotinkonsums mittels als wirksam anerkannter Massnahmen.¹¹ Ausserdem möchten Kantone und die involvierten Gesundheitsakteure, dass der Bundesrat die Mittel erhält, um endlich das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs zu ratifizieren.

8 Martin J (2017) Die Bedeutung des Tabaksektors für die Schweizer Volkswirtschaft. KPMG AG, Zürich.

9 Laut KPMG belaufen sich die direkten, indirekten und öffentlichen Beiträge auf CHF 6,3 Milliarden, was rund 1% des schweizerischen BIP entspricht. Die Tabakindustrie umfasst etwa 11'500 Arbeitsplätze, die rund 0,2% der gesamten schweizerischen Erwerbsbevölkerung ausmachen. Etwa 75% der in der Schweiz produzierten Zigaretten werden exportiert. Die wichtigsten Exportmärkte für Schweizer Zigaretten sind Japan, Marokko und Südafrika. Die Exporteinnahmen aus Tabakprodukten im Jahr 2016 (CHF 561 Millionen) sind vergleichbar mit den Exporteinnahmen wichtiger Schweizer Exportgüter wie etwa Käse (CHF 578 Millionen) oder Schokolade (CHF 785 Millionen). Tabakprodukte haben im Jahr 2016 über CHF 2,4 Milliarden an Steuern generiert (Tabaksteuer und Mehrwertsteuer). 2016 wurden durch Abgaben auf jede Packung Zigaretten und jeden Beutel Feinschnitt weitere CHF 13,7 Millionen für einen Fonds erhoben, mit dem der Tabakanbau im Inland gefördert wird, sowie weitere CHF 13,7 Millionen für den Tabakpräventionsfonds.

10 Lee C, Glantz S (2001) The tobacco industry's successful efforts to control tobacco policy making in Switzerland. University of California, San Francisco.

11 Weltbank (2003) Der Tabakepidemie Einhalt gebieten - Regierungen und wirtschaftliche Aspekte der Tabakkontrolle. <http://documents.worldbank.org/curated/en/830911468326680291/pdf/196380GERMAN0Curbing0epidemic.pdf>.

4. Departementsübergreifende Strategie erforderlich

Der Bundesrat genehmigte im Januar 2013 die umfassende Strategie «Gesundheit2020».¹² Er will die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung verbessern sowie Rahmenbedingungen schaffen, die ein gesünderes Verhalten vereinfachen. Die geförderten Massnahmen sollen die Lebensqualität von erkrankten Menschen verbessern oder deren gesundheitliche Verschlechterung aufhalten. Der Bundesrat strebte zudem im Jahr 2015 in seinem Aktionsplan zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen¹³ die Ratifizierung des am 27. Februar 2005 in Kraft getretenen WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs an.

Es ist Aufgabe des Eidgenössischen Departements des Innern, das für die Gesundheit der Bevölkerung zuständig ist, die Strategie «Gesundheit2020» des Bundesrats umzusetzen und eine nationale Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und Sucht zu fördern. Dies namentlich auch mittels einer Tabakprävention, mit der das Ziel des Bundesrats, nämlich die Ratifizierung des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs, erreicht werden kann.

Ungeachtet der vom Bundesrat gesetzten Ziele verfolgen die verschiedenen eidgenössischen Departemente immer noch entgegengesetzte Ziele. So betrachten das Eidgenössische Finanzdepartement und das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung den Tabak nach wie vor als Ressource, die Steuereinnahmen generiert, und als normales Konsumgut. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wiederum scheint dem Einfluss der Tabakindustrie zu erliegen.¹⁴

Die Verfolgung unterschiedlicher Interessen der eidgenössischen Departemente untergräbt die Ziele der nationalen Strategien des Bundesrats zur Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten und Sucht. Das Fehlen einer departementsübergreifenden Strategie zur Tabakprävention erleichtert die wirksame Einmischung der Tabakindustrie. Die Tabakindustrie kann die Kontroverse zwischen den verschiedenen eidgenössischen Departementen anstacheln und die Interessenverbände und anderen Frontgruppen mobilisieren, um ihre Interessen durchzusetzen. Die fehlende Kohärenz auf Regierungsebene erleichtert folglich die Einflussnahme der Tabakindustrie auf den Gesetzgebungsprozess. Die Formen der Einflussnahme sind vielfältig. Erwähnt sei hier beispielhaft zuerst das klassische Lobbying, das alle Aktivitäten einschliesst, mit denen auf Prozesse zur Erarbeitung von gesetzgeberischen Massnahmen, Normen und Regelungen und/ oder ganz allgemein auf Interventionen und Entscheide der öffentlichen Hand Einfluss genommen werden soll.¹⁵ Weiter spielen sogenannte Frontgruppen eine bedeutende Rolle. Diese Bündnisse glaubwürdiger und einflussreicher Akteure (mit tatsächlicher oder scheinbarer Übereinstimmung der wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen) werden von der Tabakindustrie initiiert, um die politischen Akteure daran zu erinnern, dass sie eine wichtige Rolle auf dem Markt spielen, und um den Eindruck zu vermitteln, dass ihre Positionen auch von vielen anderen, als unabhängig wahrgenommenen Gruppierungen vertreten werden. Zu erwähnen wären weiter die Influencer, das Sponsoring von Musikfestivals¹⁶ oder das Eingreifen in die Forschung¹⁷.

12 Siehe Webseite <http://www.gesundheit2020.ch> (Juni 2019).

13 Schweizer Bundesrat (2015) Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Positionspapier und Aktionsplan des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt. SECO, Bern.

Siehe Massnahme A.1, Aktivität A.1.31 Richtlinien zur Umsetzung von Artikel 5 Absatz 3 des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (Framework Convention on Tobacco Control FCTC).

14 Siehe Vorgehen beim Sponsoring des Schweizer Pavillon in Dubai (EXPO 2020) oder die Recherche von Blülle E und Bühler D «Diplomatie im Dienst des Weltkonzerns» in der Online-Zeitung Republik, 31.07.2019.

15 Lobbying umschreibt namentlich die Versuche, Einfluss auf einen Legislativvorgang zu nehmen, indem man sich mit einem Mitglied oder Mitarbeitenden des Legislativvorgangs oder mit den an der Erarbeitung der jeweiligen Gesetzgebung beteiligten Regierungsstellen abspricht. Lobbying ist in der Schweiz legal und Teil des demokratischen Prozesses. Dabei sind jedoch drei Grundsätze zu beachten: Transparenz (im Entscheidungsprozess), Integrität (Praktiken der Lobbyisten und Entscheidungsträger) und Gerechtigkeit (die Interessengruppen sind gleichermassen zu konsultieren). Unreguliertes Lobbying führt zu Missbräuchen, aus denen Entscheidungen hervorgehen können, die eher privaten Einzelinteressen als dem Allgemeininteresse dienen.

16 Weissrussland und die Schweiz sind die einzigen europäischen Länder, die das Sponsoring von Musikfestivals durch die Tabakindustrie zulassen.

17 Finanzierung wissenschaftlicher Studien, welche die Wirkung von Reglementierungsmassnahmen widerlegen oder bagatellisieren, und Diskreditierung von unabhängigen Studien und Forschenden.

5. Die Taktiken der Tabakindustrie und ihrer Verbündeten

Die Einflussnahme der Tabakindustrie auf die Gesetzgebungsprozesse ist kein typisches Schweizer Phänomen.¹⁸ Dennoch gilt unser Augenmerk dem Verhalten der Tabakindustrie in unserem Land, nicht zuletzt auch, weil die grossen Konzerne von hier aus agieren. Die Formen der Einflussnahme zur Verhinderung oder Schwächung der Tabakpräventionspolitik in der Schweiz sind vielfältig, sie zielen systematisch auf den gesetzgeberischen Rahmen. Zudem werden die Wirkungen der vorgeschlagenen gesetzlichen Massnahmen negiert oder heruntergespielt.¹⁹

5.1 Leugnen der Schädlichkeit von Zigaretten

Rylander-Studie (Universität Genf): Die seit 1980 erstellten Arbeiten des Professors für Umweltmedizin Ragnar Rylander gelangten alle zum Schluss, dass Passivrauchen für die Gesundheit unbedenklich sei. Der Autor wurde 30 Jahre lang heimlich von Philip Morris International beschäftigt und bezahlt.

5.2 Bagatellisieren oder Relativieren der Schädlichkeit von Tabak und Nikotin

Wenn es nicht mehr möglich ist, die Schädlichkeit zu leugnen, beauftragt die Tabakindustrie Forschende, Ergebnisse zu publizieren, welche die Schädlichkeit ihres Produkts bagatellisieren oder relativieren.²⁰ Wie bereits im Jahr 1991 die Vorgängerin des Verbands Swiss Cigarette (Association suisse des fabricants de cigarettes), relativieren die Hersteller der Rauchprodukte die gesundheitlichen Folgen des Rauchens. Philip Morris International lancierte im Juni 2019 eine Kampagne mit dem Werbeslogan «Raucherinnen und Raucher haben keinen Grund mehr, sich für Zigaretten zu entscheiden» und verwies auf die geringere Gefährlichkeit ihrer neuen Produkte. Das Unternehmen verschweigt jedoch, dass diese Behauptung weder auf klinischen noch epidemiologischen Daten beruht. Auch die Hinweise in der Werbung, wonach die neuen Produkte 95% weniger Schadstoffe enthalten, sind irreführend, weil sie die gesundheitlichen Folgen des täglichen Konsums verschweigen.

18 Siehe Dossier der WHO «Tobacco industry interference» von 2012 und vor allem den Brief «An open letter to the WHO Executive Board» der «Foundation for a smoke-free World», der am 24. Januar 2019 in den Schweizer Tageszeitungen erschien. Die Stiftung wird von der Tabakindustrie finanziert und versucht, sich als «Wohltäterin der Menschheit» darzustellen. Diese Manipulation der öffentlichen Meinung, bei welcher der WHO eine Partnerschaft angeboten wird, ist skandalös und zeigt, wie skrupellos ein Industriezweig ist, der die öffentliche Gesundheit verspottet.

19 Diethelm P (2019) How the Tobacco Industry Undermines Public Health Policy in Switzerland. *sted* (The Publication of Turkish Medical Association), 28, özel sayı, 26-31.

20 Siehe insbesondere die neuen vergleichenden Studien, in denen die Ergebnisse der von der Tabakindustrie beschäftigten Forschenden denjenigen von Forschenden aus anderen Kreisen (Pharmaindustrie oder unabhängig) gegenübergestellt werden. Alle bestätigen, dass die negativen Auswirkungen der Produkte in Forschungsarbeiten im Auftrag der Tabakindustrie bagatellisiert werden. Beispiele: Pisinger C et al. (2019) A conflict of interest is strongly associated with tobacco industry-favourable results, indicating no harm of e-cigarettes. *Prev Med*, 119, 124-131; Martínez C et al. (2018) Conflicts of interest in research on electronic cigarettes. *Tob. Induc. Dis.*, 16, 28.

5.3 Säen von Zweifeln

Die Hauptstrategie der Tabakindustrie beruht darauf, Zweifel zu säen. Wie interne Dokumente der Tabakindustrie zeigen, die unter anderem in den Gerichtsprozessen in den USA verwendet wurden, haben die Zigarettenhersteller seit jeher jede Verantwortung abgelehnt und die Ergebnisse unabhängiger wissenschaftlicher Studien systematisch in Zweifel gezogen. Sie taten dies, obwohl ihre eigenen Analysen ab Mitte des letzten Jahrhunderts die krebs-erregende Wirkung des Tabakrauchens und die Wirkung von Nikotin, das sehr rasch zu grosser Abhängigkeit führen kann, bestätigten.²¹

Philip Morris International (PMI) hat im Jahr 2017 von der Universität Lausanne verlangt, dass diese auf die Verbreitung eines wissenschaftlichen Artikels verzichten müsse, weil dessen Schlussfolgerungen die Strategien zur Vermarktung des neuen Heat-not-burn-Produkts der Firma untergraben würden.²² In der Studie wurde darauf hingewiesen, dass PMI fälschlicherweise behauptete, dass die neuen Produkte keinen Rauch entwickelten. PMI entgegnete, dass die Behörden und die Öffentlichkeit durch diese Studie, die bedeutende methodische Schwächen aufweise, irregeführt werden könnten.²³

5.4 Verhindern der Einführung von Präventionsmassnahmen

- a. **Durch das Leugnen der Wirksamkeit von Präventionsmassnahmen und durch das Bezahlen von Forschenden mit dem Auftrag, Studien durchzuführen, welche die Wirkungslosigkeit von staatlich geförderten oder angestrebten Massnahmen, wie zum Beispiel die Einführung der neutralen Zigarettenverpackung, beweisen.** Wolf-Studien (Universität Zürich): Zwei Studien aus dem Jahr 2014 kamen zum Schluss, dass die neutrale Verpackung in Australien keinen Rückgang der Anzahl Rauchender bewirkt hat. Diese Studien wurden von Philip Morris International im Rahmen eines vertraulichen Vertrags mit der Universität Zürich in Auftrag gegeben und finanziert.
- b. **Durch das Verdrehen der Präventionsmassnahmen und deren Darstellung in einer Extremform, die inakzeptabel ist und gegen die von der Bundesverfassung gewährleisteten Grundfreiheiten verstösst.** Die Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren zum Tabakproduktegesetz sind symptomatisch. Beispielsweise schrieb das Centre Patronal in der Westschweiz sinngemäss: *Es ist zwar gerechtfertigt, Werbung für Tabakprodukte zu untersagen, wenn sie spezifisch auf Minderjährige ausgerichtet ist, aber es scheint übertrieben, sie in Zeitungen, Zeitschriften oder anderen kostenlosen und für Minderjährige zugänglichen Publikationen verbieten zu wollen. Die meisten Publikationen sind heute für Minderjährige leicht zugänglich und mit einer solchen Bestimmung besteht die Gefahr, dass Tabakwerbung letztlich völlig untersagt wird.* Das Centre Patronal bringt, wie auch die anderen in der Deutschschweiz ansässigen Wirtschaftsorganisationen, das Argument der Selbstregulierung vor und präzisiert: *Die Tabakbranche hat sich beispielsweise bereits verpflichtet, keine Bilder von berühmten Persönlichkeiten zu verwenden, welche die Werbung für Jugendliche attraktiv machen könnten.* Das Centre Patronal beruft sich auf die Vereinbarung mit der Schweizerischen Lauterkeitskommission betreffend Selbstbeschränkungen der Zigarettenindustrie in der Werbung.
- c. **Durch das Heraufbeschwören des Schreckgespensts eines massiven Abbaus von Arbeitsplätzen und der Verlegung der Produktionsstätten und Hauptsitze, wenn die vom Gesetzgeber vorgesehenen Massnahmen eingeführt werden.**²⁴ Der Druck auf den Gesetzgeber hat zur Folge, dass dieser leicht vergisst, dass die Schweiz eines der Länder ist, in denen die Tabakprodukte am wenigsten reguliert und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Autonomie und politische Stabilität, Qualifikation der Arbeitskräfte, Steuerpolitik etc.) weltweit am besten sind. Ausserdem lässt die Schweiz die Produktion von stärker dosiertem Tabak für den Export zu, wie von Public Eye veröffentlichte journalistische Recherchen zeigen.²⁵

21 Die Gerichtsprozesse führten in den USA zur Schliessung der angeblichen «Forschungsinstitute», die in Tat und Wahrheit nur die Aufgabe hatten, die Fakten zu verschleiern.

22 Auer R et al. (2017) Heat-not-burn tobacco cigarettes: smoke by any other name. JAMA Intern. Med., 177(7), 1050-1052.

23 Cachin J (2017) Philip Morris attaque une étude. Le Courrier, 12 juin 2017.

24 Siehe Aussagen von FDP-Ständerat Raphaël Comte während der Debatte zum Tabakproduktegesetz.

25 Siehe Webseite <https://www.publiceye.ch/de/mediencorner/medienmitteilungen/detail/asiatische-schiffsfriedhoefe-und-afrikanischer-gifftabak> (Mai 2019).

5.5 Gezieltes Abschwächen von wirkungsvollen Massnahmen

- a. **Mittels Lobbying wird bei Gesetzgebern und Regierungen Einfluss genommen, damit die Gesetze, die der Prävention dienen, derart abgeschwächt werden, dass sie bei ihrer Einführung kaum als wirksame Massnahmen bezeichnet werden können oder mit Ausnahmen durchgesetzt sind.** Dies dient letztlich mehr den Interessen der Tabakindustrie als dem verfassungsrechtlich verankerten Gesundheitsschutz der Bevölkerung.
- b. Als Philip Morris International im Jahr 2016 einen sogenannten Flagshipstore in Lausanne für sein neues Produkt IQOS eröffnen wollte, versuchte die Firma, das kantonale Rauchverbotsgesetz zu umgehen, indem sie darauf hinwies, dass das neue Produkt keinen Rauch entfalte und somit nicht dem Rauchverbot im öffentlichen Raum gemäss kantonalem Gesetz unterliege.
- c. Mit Zugeständnissen bei wissenschaftlich als wenig wirksam belegten Massnahmen (z.B. Verkaufsverbot für unter 18-Jährige) hat die Tabakindustrie bisher im Gegenzug die Streichung von Massnahmen erreicht, deren Wirksamkeit anerkannt ist (z.B. ein allgemeines Werbeverbot, deutliche Preiserhöhungen oder die Einführung der neutralen Verpackung).
- d. In beiden Entwürfen zum Tabakproduktegesetz wurde der Fokus auf das Verkaufsverbot bei Minderjährigen gelegt, um den Anschein zu erwecken, dass ein ausreichender Jugendschutz eingefordert werde. Die Zugeständnisse bei dieser Massnahme sind symbolischer Natur, da die Massnahme wirkungslos bleibt, wenn sie nicht in ein ganzes Massnahmenpaket eingebunden ist. Diese Zugeständnisse ermöglichten aber im Gegenzug eine Streichung der Werberegulierungen, die als schädlich für die Marktwirtschaft erachtet werden. Verschiedene Verbündete der Tabakindustrie und diverse Frontgruppen bekämpften ein generelles Werbeverbot für Tabak- und Nikotinprodukte. Dadurch erhöhten sie den Druck auf die politischen Akteure, da die Position der Tabakindustrie von vielen anderen, als unabhängig wahrgenommenen wirtschaftlichen Gruppierungen vertreten wird.

5.6 Einschüchterungsversuche

Wenn es nicht mehr möglich ist, die Verabschiedung eines wirksamen Gesetzes zur Prävention zu verhindern, wird alles unternommen, um seine Umsetzung zu blockieren. Die Tabakindustrie und die neu im Markt tätigen Akteure (z.B. Swiss Vape Trade Association, JUUL) zögern nicht, aktiv zu werden.

- a. Sie gehen gerichtlich gegen das Gesetz vor, indem sie eine Verletzung der Grundrechte der Tabakgesellschaften, eine Unvereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht oder einen formalen Mangel des Gesetzes geltend machen.
 - i. Dies war im Jahr 2000 der Fall, als beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde eingereicht wurde, nachdem der Kanton Genf beschlossen hatte, jegliche Tabak- und Alkoholwerbung zu untersagen, die von öffentlichem Grund aus einsehbar ist. Das Urteil vom März 2002 bestätigte, dass im vorliegenden Fall das kantonale Tabakwerbverbot nicht gegen die Grundrechte der Meinungsäusserungsfreiheit, der Wirtschaftsfreiheit und der Eigentumsfreiheit verstösst.
 - ii. Das war auch der Fall bei der Beschwerde der Swiss Vape Trade Association gegen das Verbot des Verkaufs von nikotinhaltigen Liquids für E-Zigaretten. Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom April 2018 dürfen, gestützt auf das Cassis-de-Dijon-Prinzip, solche Liquids verkauft werden.
- b. Bezüglich der Einschüchterung der verschiedenen Akteure sei auf die von Professor Ragnar Rylander angestregte Verleumdungsklage hingewiesen. Der Verein OxyGenève und seine Verantwortlichen, welche die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von Professor Rylander aufgedeckt hatten, wurden der Verleumdung angeklagt. Nachdem die Angeklagten im Jahr 2003 vom Polizeigericht und dann von der Genfer Strafkammer verurteilt worden waren, wurden sie im Dezember 2003 vom Bundesgericht freigesprochen.
- c. Ein Artikel in der französischsprachigen Revue médicale suisse thematisiert den Druck auf Schweizer Forschende, die im Labor die Funktionsweise von IQOS analysierten. Ihre Studie wurde im Mai 2017 im JAMA Internal Medicine veröffentlicht.²⁶ Die Ergebnisse wurden vom Herausgeber kommentiert mit: «Hoffentlich genehmigt die Food and Drug Administration dieses Produkt nicht.» Philip Morris International (PMI) stand somit in der Kritik und intervenierte umgehend beim Dekan der Biologischen und Medizinischen Fakultät der Universität Lausanne Jean-Daniel Tissot. Dieser machte den ausgeübten Druck auf die Fakultät und deren Forschenden an einem Kolloquium bekannt. Er teilte mit, dass er von PMI ein an die Fakultät gerichtetes eingeschriebenes Schreiben erhalten habe, in dem der Rückzug der Studie verlangt werde. Auch wenn er über das Vorgehen schockiert war, kündigte er an, dass seine Fakultät und die ganze Universität Lausanne sich mit allen Mitteln gegen eine solche «Verletzung der akademischen Freiheit, die für die Forschenden unbedingt gewährleistet sein muss», zur Wehr setzen werden.²⁷

26 Auer R et al. (2017) Heat-not-burn tobacco cigarettes: smoke by any other name. JAMA Intern. Med., 177(7), 1050-1052.

27 Sinngemässe Übersetzung eines Zitats aus dem Artikel «Tabac : nouveau produit, vieilles méthodes» in der Revue médicale suisse vom 21. Juni 2017.

5.7 Sich als verantwortungsvolle Unternehmen positionieren

Da die Tabakindustrie unter Beobachtung steht und dem öffentlichen Druck ausgesetzt ist, versuchen sich die Konzerne mit fragwürdigen Massnahmen ein neues Image als verantwortungsvolle Unternehmen zu verleihen (Corporate Social Responsibility). Dies geschieht beispielsweise

- a. mit der Gründung der Stiftung «Foundation for a smoke free world» durch Philip Morris International, deren Zweck eine «rauchfreie Welt» sei. Ziel der privaten Stiftung ist die Unterstützung der Forschung in verschiedensten Bereichen.²⁸
- b. mit dem Hinweis, dass die Zukunft «rauchfrei» sei und gemäss Werbung von Philip Morris International deshalb auch eine Zukunft ohne Zigaretten sei.²⁹ Rauchfrei ist jedoch nicht gleichbedeutend mit nikotinfrei.
- c. mit dem Hinweis auf die angebliche Wirksamkeit der Massnahmen zur Selbstregulierung, die von der Tabakindustrie freiwillig eingeführt würden.
- d. mit dem Hinweis, dass Swiss Cigarette eine umfassende Regulierung von Tabakprodukten unterstütze, die darauf basiere, Schäden zu mindern, die mit dem Rauchen beziehungsweise dem Konsum von Tabakprodukten einhergehen.³⁰
- e. mittels Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der Schweizerischen Lauterkeitskommission. Diese Vereinbarung präzisiert unter Punkt 2.1.1, dass es keine Werbung in gedruckten Publikationen geben darf, es sei denn, es gibt eine realistische Grundlage für die Annahme, dass mindestens 80% der Leserschaft der betreffenden Publikation Erwachsene sind. Die auf Verlangen von Swiss Cigarette erstellte Liste der Publikationen (Stand 14.11.2018) umfasst sozusagen alle Publikationen, inklusive Gratiszeitung «20 Minuten», da der Anteil der Leserschaft im Alter von 14 bis 17 Jahren jeweils unter 20% bleibt.³¹

28 Siehe Foundation for a Smoke-Free World: «an independent, private foundation formed and operated free from the control or influence of any third party», which «makes grants and supports medical, agricultural, and scientific research to end smoking and its health effects and to address the impact of reduced worldwide demand for tobacco».

29 Siehe Werbung von Philip Morris International in der Zeitung «Le Temps» vom 14.07.2017.

30 Siehe Webseite <http://www.swiss-cigarette.ch/de/ueber-uns.html> (Mai 2019).

31 Siehe Webseite <http://www.swiss-cigarette.ch/themen/schweizerische-lauterkeitskommission.html> (Mai 2019).

5.8 Sich als innovativer Wirtschaftszweig positionieren

- a. Seit 2015 kommen neue Tabakwaren, die sogenannten Produkte «zum Erhitzen» oder «Heat-not-burn»-Produkte, auf den Schweizer Markt.³² Diese Produkte werden von der Tabakindustrie aufgrund einer ganz neuartigen Technologie, bei der Tabak «erhitzt» und nicht verbrannt wird, als risikovermindert dargestellt. Das ist eine trügerische Aussage, ähnlich wie bei den Filtern von Light-Zigaretten. Bisher hat keine unabhängige Studie das verminderte Risiko der Heat-not-burn-Produkte bestätigt. Bei der ersten Durchsicht des Entwurfs zum Tabakproduktegesetz setzte das Parlament den Bundesrat stark unter Druck, damit diese neuen Produkte, wie alle Alternativen, anders reglementiert werden als herkömmliche Zigaretten, namentlich in Bezug auf Gesundheitswarnungen. Die Frontgruppen forderten ebenfalls eine sogenannte «intelligente» Reglementierung, da diese Produkte ihrer Ansicht nach weniger gesundheitsschädlich seien. Ihrer Meinung nach sei es wichtig, den Konsumentinnen und Konsumenten diese Neuheiten als Produkte zu präsentieren, die bei nikotinsüchtigen, nicht vom Rauchen loskommenden Personen zu einer Risikominderung beitragen.
- b. Philip Morris International (PMI), um ein Beispiel zu nennen, versucht erneut, sich als gesundheitsbewusstes Unternehmen zu positionieren, und hebt die breite Unterstützung für Alternativen zur herkömmlichen Zigarette in der Bevölkerung hervor.³³ Mit der Markteinführung von IQOS im Jahr 2018 – eine Abkürzung für «I Quit Ordinary Smoking» – geht PMI neue Wege. Gemäss ihren eigenen Aussagen entsteht mit IQOS kein schädlicher Rauch, sondern lediglich «ungefährlicher Dampf». Damit versucht PMI das Versprechen einer «rauchfreien Gesellschaft» einzulösen, aber der Schein trügt. Solange Langzeitstudien zu den Auswirkungen der neuen Produkte fehlen, ist diese Positionierung nichts anderes als opportunistisch und irreführend.

32 Die Produkte «erhitzen» den Tabak, aber verbrennen ihn nicht (heated tobacco products oder HTP). Beispiele dafür sind IQOS von Philip Morris International, glo von British American Tobacco und Ploom Tech von Japan Tobacco International. Diese HTP unterscheiden sich von der E-Zigarette, die keinen Tabak, sondern eine in der Regel nikotinhaltige Flüssigkeit enthält.

33 Siehe PR-Kampagne im Juni 2019 in den Schweizer Zeitungen sowie die Webseite von Philip Morris International: «... and while 91 percent of the respondents believe that technology and innovation have a role to play in addressing such concerns ... only 40 percent think their government and public health authorities are doing a good job in embracing novel technologies as a way of improving public health.».

